Ortsbeirat G o n t e r s k i r c h e n

Protokoll der Ortsbeiratssitzung (Dringlichkeitssitzung mit verkürzter Ladungsfrist) vom 19. Mai 2017

Mitglieder	Anwesend	Abwesend	Protokoll Nr.:	003 / 2017
Berk, Gerlinde		X	Datum:	19.05.2017
Gottwals, Ralf	X		Ort:	DGH
Hofmann, Björn		X	Ortsbegehung:	
Kröll, Friedrich		X	Sitzungsbeginn:	19:30
Rühl, Klaus (OV)	X		Sitzungsende:	21:10
Schmidt, Olaf		X	Schriftführer:	Willenberg, K.
Schmidt, Ralf	X			
Weißer, Reinhold	X			
Wild, Oliver	X			
Ferner sind anwesend:				
	Magistrat			
	Stadtverordnete			
	Geladene Gäste			

Tagesordnung

TOP	Beratungsgegenstand
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2	Genehmigung der Tagesordnung
3	Teilplan Erneuerbare Energien RP Südhessen (2. Entwurf) Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit Vorranggebiet zur Nutzung von Windenergie Nr. 2-911 nördlich von Ulfa
4	Sonstiges, Anfragen

1 B = Beschluss, M = Mitteilung; F = Anfrage; A = Antrag; E = Empfehlung; HH = Vormerkung für nächsten Haushalt

1A Anträge sind zusätzlich schriftlich analog den Fraktionsanträgen mit ausreichender Begründung und Nennung der Kosten, unter Einhaltung von Fristen, bei der Verwaltung einzureichen.

Ortsbeirat G o n t e r s k i r c h e n

Beratung:

TOP	Detail	Art ¹	HH Vorl. Kosten	Text
1				Herr Ortsvorsteher Rühl eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ortsbeirats sowie die Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
2				Die Tagesordnung gemäß Einladung wird einstimmig genehmigt.
3				<p>Herr OV Rühl informiert über die Notwendigkeit der Einberufung der heutigen Dringlichkeitssitzung mit verkürzter Ladungsfrist:</p> <p>Die Regionalplanung zum Teilplan Erneuerbare Energie (TPEE) Südhessen befindet sich in der End-Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung (bis 19.5.2017). Stellungnahmen können nur noch bis 2. Juni 2017 abgegeben werden. Der Ortsbeirat Gonterskirchen wurde darüber offiziell nicht in Kenntnis gesetzt. Er hat nur zufällig, kurzfristig Kenntnis darüber erhalten.</p> <p>Herr Schmidt, R. erläutert (mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation) den bisherigen Verlauf und den aktuellen Planungsstand zu dem geplanten Vorranggebiet zur Nutzung von Windenergie (VRG-WE) Nr. 2-911 nördlich von Ulfa. Das genannte Gebiet war im ersten Entwurf zum TPEE aufgrund natur- und artenschutztechnischer Belange, der Nähe zum in nördlicher Richtung angrenzenden FFH-Gebiet 5420-304 „Laubacher Wald“, dem (in Teilen identischen) Vogelschutzgebiet 5421-401 „Vogelsberg“ und aufgrund vorliegender Ausschlusskriterien als weitgehend ungeeignet eingestuft worden. Im vorliegenden 2. Entwurf wird dieses Gebiet zur allgemeinen Verwunderung nun sinngemäß als „gut“ geeignet eingestuft.</p> <p>Herr Schmidt verweist auf die vorhergegangenen vertiefenden Untersuchungen der Fa. NaturProfil im Auftrag der Stadt Nidda zur Flächennutzungsplanung im August 2015. Hieraus hat sich die folgende Bewertung des o.g. VRG-WE ergeben:</p> <p><i>„Aufgrund des im Planungsbereich reduzierten Windpotenzials und den erforderlichen Abständen zu Brutstandorten sensibler Greifvögel verbleiben nur noch schmale Teilflächen, die zum Teil innerhalb des Sicherheitsabstandes der L3138 liegen. Außerdem ist eine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele des angrenzenden Vogelschutzgebiets „Vogelsberg“ nicht auszuschließen.“</i></p> <p>Herr Schmidt stellt in Frage, warum das o.g. Gebiet nun plötzlich (gegenüber dem 1. Entwurf des TPEE) als erheblich besser geeignet eingestuft wird. Er stellt darüber hinaus in Frage, ob durch das geplante VRG-</p>

1 B = Beschluss, M = Mitteilung; F = Anfrage; A = Antrag; E = Empfehlung; HH = Vormerkung für nächsten Haushalt

1A Anträge sind zusätzlich schriftlich analog den Fraktionsanträgen mit ausreichender Begründung und Nennung der Kosten, unter Einhaltung von Fristen, bei der Verwaltung einzureichen.

Ortsbeirat G o n t e r s k i r c h e n

		B	<p>WE negative Beeinträchtigungen für Gonterskirchen zu erwarten sind. Nach ausführlicher Diskussion und Beratung stellt Herr Schmidt folgenden FDP-Antrag:</p> <p><i>„Der Ortsbeirat möge beschließen:</i></p> <p><i>1. Der Ortsbeirat verfasst eine Stellungnahme, in der er sich gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Nr. 2-911 ausspricht und beantragt, auf eine Ausweisung als VRG-WE zu verzichten.</i></p> <p><i>2. Der Ortsbeirat reicht seine Stellungnahme an die Stadtverordnetenversammlung weiter.</i></p> <p>Herr Wild äußert sich grundsätzlich zustimmend, bittet aber darum, die Stellungnahme besonders im Hinblick auf die Natur- und Artenschutzrechtlichen Belange hinsichtlich der angrenzenden FFH-Gebiete und des (in Teilen identischen) Vogelschutzgebietes „Vogelsberg“ zu begründen.</p> <p>Herr OV Rühl lässt über den vorliegenden Antrag abstimmen. Ergebnis: 3 * Ja, 1 * Nein, 1 * Enthaltung Der Antrag ist damit angenommen.</p>
4		F	<p>Anfrage/Hinweis von Herrn Penktner:</p> <p>In der Gemarkung Gonterskirchen wird die Verbreitung der giftigen Herbstzeitlose immer mehr zu einem Problem für die Landwirtschaft, da Futtermittel wie z.B. Heu bei Vorhandensein von Herbstzeitlose unverkäuflich und unverwertbar wird. Für die Landwirte ergibt sich hierdurch ferner ein großes Haftungsrisiko. Eine der Ursachen hierfür sieht Herr Penktner in der ungenügenden Mahd von Rand- / Grünstreifen und Gräben seitens der Stadt Laubach.</p> <p>Herr Gottwals erläutert, dass die Gräben usw. seit der Teilnahme am hessischen kommunalen Rettungsschirm nur noch alle 2 Jahre (statt jährlich) gemulcht werden.</p> <p>Herr Penktner sieht gerade hierin die Ursache des Problems. Der Ortsbeirat sieht hier weiteren Informationsbedarf und vereinbart, diesen Punkt in der nächsten Ortsbeiratssitzung noch einmal ausführlicher zu beraten.</p>
			<p>Herr Rühl bedankt sich für die Aufmerksamkeit und schließt die Sitzung um 21:10 Uhr</p>

Für die Richtigkeit:

(Klaus Rühl), Ortsvorsteher

(Karin Willenberg), Schriftf. i.V.

1 B = Beschluss, M = Mitteilung; F = Anfrage; A = Antrag; E = Empfehlung; HH = Vormerkung für nächsten Haushalt

1A Anträge sind zusätzlich schriftlich analog den Fraktionsanträgen mit ausreichender Begründung und Nennung der Kosten, unter Einhaltung von Fristen, bei der Verwaltung einzureichen.